Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 12

Artikel: Die interkonfessionelle Konferenz : Schweiz und Dritte Welt
Autor: Stähli, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141811

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt

Das Ziel der Konferenz war, Kriterien für eine schweizerische Entwicklungspolitik zu erarbeiten. Von den drei christlichen Landeskirchen einberufen, schloss sie an diejenigen von Genf, Uppsala, Beirut und Montreux an sowie an die Enzykliken «Pacem in Terris» und «Populorum progressio» und die Pastoralkonstitution «Gaudium et spes». Sie umfasste Teilnehmer aus Armee, Bundesverwaltung, Hilfswerken, Kirchen, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich an zwei Sessionen Ende Oktober und Ende November 1970 im Nationalratssaal zu einer Konfrontation über die Problematik von arm und reich auf dieser Welt trafen.

Die erste Session war mit Referaten von Fachleuten aus der ganzen Welt und mit Podiumsdiskussionen über Finanz-, Handels- und soziokulturelle Fragen sowie über Fragen der technischen Zusammenarbeit ausgefüllt.

Die zweite Session dagegen hatte einen völlig anderen Charakter angenommen. In thematisch verschiedenen Diskussions- und Arbeitsgruppen wurde Punkt um Punkt von den Teilnehmern unter Aufbringung allen Könnens und Wissens in stundenlanger Kleinarbeit durchbesprochen.

Zweifellos beeindruckte von den eingeladenen Gastrednern an der ersten Session der frühere Generalsekretär der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) Raoul Prebisch, ein Südamerikaner, am meisten. Das Fazit seiner langjährigen Erfahrung als Pionier der Entwicklung Lateinamerikas hiess: Ohne Änderung des gesamten Machtgefüges ist eine Entwicklung und Partizipation aller Menschen an sämtlichen materiellen und immateriellen Gütern einer Gesellschaft nicht möglich. Damit hatte Prebisch die Konferenz auf *das* Zentralproblem jeglicher Diskussion über das Verhältnis von Armen und Reichen verwiesen. Es ist ja einleuchtend, dass nicht nur weltweit, sondern auch in «Entwicklungsländern» selber stets Entwicklung zu verzeichnen ist und war. Die entscheidende Frage ist aber doch, *wer* denn in Entwicklung begriffen ist. Je nach Land zeigt sich, dass schmale Oberschichten, Feudalherren, Grosskapitalisten oder Militärs und mit ihnen die sogenannten «entwickelten» Länder sich entwickeln und bereichern. Die Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind also so angelegt, dass die breiten Massen in den armen Ländern stagnieren und nur die Unterdrücker und *wir* profitieren. «Entwicklung» und «Unterentwicklung» sind demnach nicht zwei voneinander losgelöste, eigenständige Grössen. Die «unterentwickelten» Staaten haben nicht eine besondere, eigenartige Geschichte. Sie erklärt sich nicht simpel aus den kulturellen, politischen, ökonomischen und sozialen Besonderheiten farbiger Menschen. Ihre Armut ist das Produkt der

jahrhunderte- und jahrzehntelangen Beziehungen zwischen den Metropolen und Kolonien. «Unterentwicklung» der einen ist also die Folge der «Entwicklung» der andern.

So war denn die Definition des Entwicklungsbegriffes überfällig. Er lautet in Zusammenfassung der Konferenzergebnisse: «Entwicklung hat eine Welt zum Ziel, in der die Menschen ohne Furcht von Armut, Hunger, Unterdrückung, Unwissenheit und Manipulation ihre Existenz im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben frei entfalten können. Dieses Ziel kann nicht durch die weltweite Ausbreitung unserer Konsumgesellschaft erreicht werden. Es stellt diese in Frage.» Damit ist wohl auch in der Konferenz eine Kapitalismuskritik begründet. Die liberale Marktwirtschaft mit dem Wettbewerbsdogma kam tatsächlich hart unter Beschuss. Nicht nur wurde auf ihre eigene Inkonsequenz hingewiesen (z. B. die Protektion der Landwirtschaft bei uns und die hohen Zölle auf Halbfertig- und Fertigprodukten gegenüber Waren aus der Dritten Welt), sondern auch auf die Praktiken der Weltbank, die mit sogenannten Wettbewerbsbedingungen arbeitet. Kaum führt jedoch Peru eine kleine Landreform durch, werden diesem Staat sämtliche gewährten Kredite sistiert!

An solchen Fragen wurden die Gegensätze unter den Teilnehmern deutlich. Die verschiedenen Interessenlagen traten an den Tag. Die Herren aus der Bundesverwaltung und der Wirtschaft vertraten die Interessen des Kapitals, während vornehmlich junge Wissenschafter, Assistenten, Studenten, aber auch Vertreter der Kirche sich der Interessen der Dritten Welt annehmen. Das hatte nicht nur harte Debatten zur Folge, sondern zeitigte die Unmöglichkeit, sich auf eine gemeinsame Entwicklungspolitik einigen zu können. Das muss um der Wahrheit willen nach dieser Konferenz gesagt werden. Selbst unter Entwicklungshilfe werden zwei völlig verschiedene Dinge verstanden. Die Wirtschaft lobt über alle Massen die Privatinvestitionen, während ihre Antipoden diese unter Transaktionen subsumieren, die scharf von der Entwicklungshilfe, der öffentlichen Hilfe und der Hilfe der privaten Organisationen (Swissaid, HEKS, Helvetas, Caritas usw.) zu trennen sind. Da über die Kapitalrückflüsse aus der armen Welt in die Schweiz wegen des Bankgeheimnisses nur Vermutungen zirkulieren, konnte nicht einmal in der Diskussion Transparenz herrschen, weil eben nur hohe Bankfunktionäre darüber Bescheid wissen. Freilich sind aus USA-Bilanzen die Zahlen bekannt: Auf einen in Südamerika investierten Dollar fliessen heute deren fünf in die USA zurück! Der Slogan, «Es geht nicht darum, mehr zu geben, als weniger zu nehmen», kann kaum widerlegt werden.

Es verwundert nicht, dass von Vertretern der Dritten Welt gegen die Schweizer Banken scharfe Worte fielen. Diese Kritik, die vom Plenum stark unterstützt wurde, führte in der Kommission für finanzielle Beziehungen zum Beschluss, den Bundesrat in seinen Bemühungen zu unterstützen, aktiv in den internationalen Gremien bei der Lösung

dieses Problems mitzuarbeiten, und zu einem Appell an die Banken in der Schweiz, soweit wie möglich die Entgegennahme von Kapitalien, die unberechtigterweise aus Entwicklungsländern transferiert werden, zu verweigern.

Ein Hauptproblem dieser Kommission war die Festlegung von Normen für die Gewährung der öffentlichen Hilfe. Während 1969 die öffentliche Hilfe der Schweiz nur 0,16 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) betrug, wurde als Nahziel der jeweilige Durchschnitt der übrigen westlichen Industrieländer, der 1969 0,37 Prozent des BSP betrug, festgesetzt; als mittel- oder langfristiges Ziel wurde von einem Teil der Kommissionsmitglieder, dem Pearson-Bericht entsprechend, bis 1975 0,7 Prozent vorgeschlagen (UNCTAD-Konferenz New Delhi 1968 0,75 Prozent des BSP). Eine kleine Mehrheit sprach sich für 1 Prozent des BSP bis 1980 aus, eingeschlossen die Schenkungen der privaten Hilfswerke. – Den Kirchen wurde eine Abgabe von zwei bis fünf Prozent ihres Budgets empfohlen. Manche Kirchgemeinde könnte diesen Beitrag leicht verkraften und damit gezielt helfen.

Die Konferenz hat ihren Bezug zu der Tagesarbeit trotz des hohen Niveaus und fachlichen Spezialitäten nie verloren. Darunter fällt besonders der Vorschlag, eine Zentralstelle für Information und Öffentlichkeitsarbeit einzurichten. Bei den Konferenzvorarbeiten hatte nämlich eine Studie gezeigt, dass über die Fragen der Dritten Welt in der Schweizer Presse nur wenig und erst noch höchst mangelhaft und einseitig informiert wird. Zur Bewusstseinsbildung über diese Probleme ist jedoch eine treffliche Information unentbehrlich.

Die sozio-kulturellen Arbeitsgruppen, die durch viel geschlossenere Resultate auffielen als die Finanz- und Handelsgruppen, kamen ihrerseits zu Ergebnissen, die noch manches Wort zu reden geben werden.

So wurde gefordert:

«– die ‚Erklärung von Bern' mit ihren neuen Zielsetzungen für das zweite Entwicklungsjahrzehnt zu unterstützen und zu verbreiten.

– den Beschluss des Ökumenischen Rates der Kirchen, antirassistische Befreiungsorganisationen für deren soziale und humanitäre Aufgaben 200 000 Dollar anzuweisen, finanziell und mit Erklärungen zu unterstützen.

– vom Bundesrat die Unterzeichnung der internationalen Konvention gegen den Rassismus zu verlangen.

– sich dafür einzusetzen, dass die schweizerische Praxis hinsichtlich Redefreiheit, Aufenthaltsrecht und finanzieller Unterstützung politischer Flüchtlinge überprüft wird und selber politisch Verfolgte aus der Dritten Welt zu Informationszwecken einzuladen.

– die Beziehungen der Schweiz zu den totalitären Staaten aller Schattierungen und zum Kolonialismus (besonders in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao) und zur systembedingten Gewalt (vgl. z. B. die Folterungen) zu durchleuchten.

– sich an Kampagnen gegen entwicklungsfeindliche Mitarbeit

schweizerischer Unternehmen zu beteiligen (Waffenausfuhr, Cabora-Bassa-Staudamm in Mozambique u. a.).

– ihre Stellung zur Militärdienstpflicht zu überprüfen und andere Möglichkeiten zu suchen (z. B. Zivildienstinitiative).

– für die Rechte der Ausländer in der Schweiz, die aus weniger entwickelten Ländern stammen, einzutreten.»

Diesen Katalog allein zu kommentieren und zu dokumentieren ergäbe ein Buch. Nur folgende Bemerkung sei gestattet. Unsere christlichen Kirchen sind und werden aufgebrochen. Unser konservatives Staats- und Gesellschaftsgefüge kommt ins Wanken. Dies ist *ein* gesichertes Ergebnis dieser Konferenz. Zur Kenntnis zu nehmen ist allerdings auch, dass Verunsicherung nicht ungefährlich sein kann. Die Mächtigen können in einem solchen Falle ihre Macht voll ausspielen. Das Neue steht noch nicht, obwohl es kommt und angebrochen ist. Es wird nicht mehr der Kapitalismus westlicher und nicht der Sozialismus östlicher Provenienz sein. Ich denke eher, dass wir von den Realitäten der Dritten Welt her beeinflusst, einem Sozialismus entgegengehen, der um Freiheit und Gerechtigkeit weiss und das Soziale mit dem Individuellen zu verbinden versteht. Dazu braucht es nicht nur Sehnsucht, sondern gesellschaftliches Bewusstsein und politischen Verstand.

Martin Stähli

Das Individuum und seine Freiheit

«Unsere Ordnung ist dem Glück der Menschheit
und der menschlichen Selbsterfüllung feind.»
Erich Fromm in «Die Furcht vor der Freiheit»

Bald naht das Jahr 2000. Noch immer führen die Menschen im Namen der Freiheit verbissene, blutige Kriege. Immer neue Generationen werden unter dem Aspekt der Freiheit zum Töten angehalten, und es scheint, dass uns die Freiheit um so mehr abhanden kommt, je mehr Menschen in ihrem Namen getötet werden. «Du sollst nicht töten», sollte dieses Gebot etwa auch mit unserer Freiheit oder Unfreiheit zu tun haben?

Es wird im folgenden versucht, dem Begriff der Freiheit nachzuspüren. Dieser Begriff kann in einem Aufsatz auch nicht annähernd geklärt werden. Aber wenn anhand einiger Aspekte in bezug auf die Freiheit des Individuums der Freiheitsbegriff aus der Verstrickung, in die er geraten ist, etwas herausgelöst und durchschaubarer gemacht werden kann, so ist damit Wesentliches gewonnen.

Der Begriff der Freiheit ist ein komplexer Begriff und ein tief menschliches Problem. Er wurzelt in der Auffassung, dass Freiheit und Menschentum unauflöslich miteinander verbunden sind. Die Frage nach